

Chronik der Covid-19 Krise

März 2021 bis Dezember 2021

Eric Risopp

(M.Sc. BWL)

Stand: 15.12.2021

(Auszüge einer Projektarbeit am Lehrstuhl Mittelstandsorientierte BWL der
TH Brandenburg)

Inhaltsverzeichnis

Einleitung.....	3
Die Hoffnung auf eine Normalisierung.....	4
Die Unsicherheit vor der vierten Welle.....	21
Literaturverzeichnis.....	29

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Anzahl gemeldeter intensivmedizinischer behandelter COVID-19 Patienten.....	5
Abbildung 2: Neuverschuldung durch Corona.....	8
Abbildung 3: Deutschlands Schulden: Trotz Corona relativ moderat.....	9
Abbildung 4: Entwicklung der Maastricht-Schuldenstandsquote.....	10
Abbildung 5: Strukturelle Neuverschuldung des Bundes.....	11
Abbildung 6: Trendreihen der Intensivregister-Daten – Belegte Betten durch COVID-19 Patienten in intensivmedizinischer Behandlung.....	13
Abbildung 7: Impf-Fortschritt seit dem 28.12.2020.....	17
Abbildung 8: Neuinfektionen pro 100.000 EW in 7 Tagen.....	19
Abbildung 9: Anzahl der Kurzarbeiter in Deutschland von März 2020 bis Oktober 2021	22
Abbildung 10: Täglich gemeldete Neuinfektionen und Todesfälle mit dem Coronavirus (COVID-19) in Deutschland seit Januar 2020.....	25
Abbildung 11: Veränderung des Bruttoinlandsprodukts im Vergleich zum jeweiligen Vorjahr in Prozent.....	27
Abbildung 12: Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in Deutschland.....	28

Einleitung

Seit mittlerweile fast zwei Jahren sorgt das neuartige Coronavirus „SARS-CoV-19“ für ein globales Chaos. Ob privat oder beruflich, der Alltag hat sich seit dem Erscheinen des Virusserregers erheblich verändert. Trotz der bereits gesammelten Erfahrungen und getroffenen Maßnahmen zur Bekämpfung der Krankheit, lebt die Unsicherheit und Angst sowohl in der Bevölkerung als auch in der Politik und Wirtschaft.

Die Furcht einer Infektion schränkt den Alltag und die Freizeit noch immer stark ein. Sei es der Besuch einer Großveranstaltung oder auch nur der der Großeltern. Niemand möchte sich oder andere durch eine unentdeckte Infektion in Gefahr bringen.

Auch die Wirtschaft leidet immens unter dem Virus bzw. unter den getroffenen Maßnahmen zur Eindämmung des Virus. Unternehmen und Existenzen sind dadurch zerstört worden, große Lieferketten sind seit Monaten gestört, Länder verschulden sich immer mehr. Das sind nur einige wirtschaftliche Folgen der getroffenen Maßnahmen. Da die Politik als Vertreter der Bevölkerung mit größter Vorsicht und Sicherheit Entscheidungen zum Schutz der Bürger trifft, scheinen harte Maßnahmen auf den ersten Blick verständlich.

In diesem Bericht, welcher an den ersten Teil der Chronologie einer pandemischen Krisensituation anknüpft, soll der Verlauf der Pandemie weiter analysiert und betrachtet werden. Im Blickpunkt stehen dabei politische Entscheidungen und wirtschaftliche Entwicklungen.



Die Hoffnung auf eine Normalisierung

Anfang März befindet sich das Land noch immer im Lockdown. Dieser wurde auch in einem weiteren Bund-Länder-Treffen bis auf den 28. März 2021 vorerst verlängert. Die neuesten Vereinbaren enthalten jedoch erstmals Öffnungsschritte, welche an örtliche Inzidenzwerte gekoppelt sind. Der Grund für die mutigeren Öffnungsschritte, trotz weiter ansteigenden Zahlen, seien wirksame alternative Mittel zur Eindämmung der Pandemie durch Impfungen und Schnelltests.¹

Die Öffnungsschritte beinhalten die stufenweise Öffnung von zunächst Grundschulen, Kitas und Friseuren sowie Buchhandlungen, Blumengeschäfte und Gartenmärkte im nächsten Schritt. Auch körpernahe Dienstleistungsbetriebe wie beispielsweise Fahrschulen dürfen mit Auflagen wie Maskenpflicht und ggf. Testpflicht nach und nach öffnen.²

Weitere Öffnungen von Freizeiteinrichtungen wie Museen, Galerien, zoologische und botanische Gärten oder auch der Einzelhandel sind ebenfalls möglich. Gekoppelt wird alles an der Inzidenzschwelle von 50 Neuinfektionen pro 100.000 Einwohner, der sogenannten Inzidenz.³

Zum Zeitpunkt der Verabschiedung des neuen Stufenplans liegt die bundesweite 7-Tage-Inzidenz bei ca. 64. Die Anzahl der Neuinfektionen liegt bei ca. 9000 täglich. Zudem wurden 418 neue Todesfälle im Zusammenhang mit dem Virus an das Robert-Koch-Institut gemeldet.⁴

1 Vgl. Tagesschau (2021) (1).

2 Ebenda.

3 Vgl. Tagesschau (2021) (1).

4 Vgl. RKI (2021) (1), S. 1.

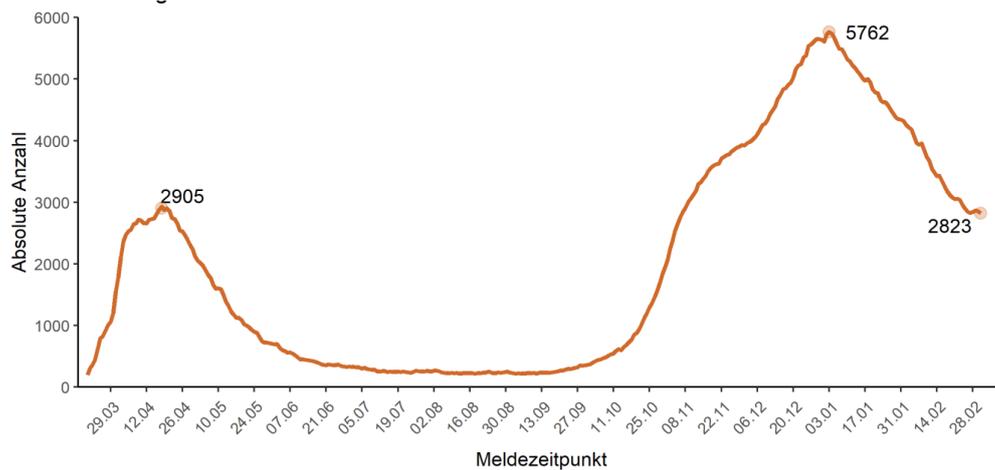


Abbildung 1: Anzahl gemeldeter intensivmedizinischer behandelter COVID-19 Patienten

In der Abbildung 1 wird die Anzahl der gemeldeten intensivmedizinisch behandelten COVID-19 Patienten dargestellt. Auch hier ist ein klarer Rückgang der Zahlen ersichtlich. Während die durch Corona bedingten belegten Intensivbetten Anfang des Jahres 5762 betrug und damit ca. 21% der bundesweiten Intensivbetten ausmachte, hat sich diese Zahl bis Anfang März beinahe halbiert.⁵

Anfang März stehen mit den Impfstoffen der Firmen Biontech/Pfizer, Moderna und AstraZeneca drei Vakzine zur Verfügung. Bei allen vorliegenden Impfstoffen ist eine zweimalige Impfung für den vollständigen Impfschutz erforderlich. Zum Zeitpunkt sind ca. 2,7% der Gesamtbevölkerung doppelt geimpft. Das entspricht 2,2 Millionen Menschen, die seit Ende Dezember vollständig geimpft sind.⁶

Auf Empfehlung des Paul-Ehrlich-Instituts (PEI) wird der Impfstoff von AstraZeneca ab Mitte März 2021 bis auf weiteres ausgesetzt. Grund dafür sind die in Deutschland und Europa auftretenden „schwerwiegenden thrombotischen Ereignisse“. Experten und Mitarbeiter des PEI haben eine „auffällige Häufung einer speziellen Form von sehr seltenen Hirnvenenthrombosen (Sinusvenenthrombosen) in Verbindung mit einem Mangel an Blutplättchen (Thrombozytopenie) und Blutungen in zeitlicher Nähe zu Impfungen mit dem

⁵ Vgl. RKI (2021) (1), S. 8-9.

⁶ Vgl. RKI (2021) (1), S. 15-16.

COVID-19-Impfstoff AstraZeneca“ feststellen können. Anfälliger für diese Thrombosen sind vor allem jüngere Frauen. Deutschland entschließt sich daher, den Impfstoff ausschließlich für Personen über 60 Jahren zu empfehlen.⁷

Die Unsicherheit über die Impfstoffe und teilweise Lieferschwierigkeiten sind Gründe für eine niedrige Impfquote. Ende März beträgt die Quote der vollständig geimpften Personen weiterhin nur 4,9%. Die Infektionszahlen und Intensivbettenbelegungen durch Corona-Patienten steigen zudem wieder an.⁸

Als Reaktion dieser Faktoren beschließt Bundeskanzlerin Angela Merkel nach einem Bund-Länder-Beschluss den Lockdown erneut über Ostern zu verlängern. Die sogenannte „Osterruhe“ soll einen weiteren starken Anstieg der Infektionszahlen über die Feiertage verhindern. Dieser Plan scheitert jedoch, da in Anbetracht des kürzlich veröffentlichten Stufenplans zu viele Fragen bezüglich der Lohnfortzahlung bis hin zur Lage in Geschäften und Betrieben kurzfristig nicht geklärt werden können.⁹



Hoffnung auf Besserung bereitet der Impfstart in den Hausarztpraxen Anfang April. Sofern genug Impfstoff zur Verfügung steht, wäre das wöchentliche Verimpfen von mehreren Millionen Dosen möglich. Laut Dr. Andreas Gassen, Vorstandsvorsitzender der Kassenärztlichen Bundesvereinigung, wird das Impfen in den Hausarztpraxen dabei helfen, die „Kontrolle über die Pandemie zu erlangen und sie hoffentlich damit zu beenden und die Rückkehr ins normale Leben zu bewerkstelligen.“¹⁰

7 Vgl. Paul-Ehrlich-Institut (2021).

8 Vgl. RKI (2021) (2).

9 Vgl. Tagesschau (2021) (2).

10 Vgl. Bayerischer Rundfunk (2021).

Da das Infektionsgeschehen und die allgemeine Lage im April noch immer angespannt ist, beschließt die Bundesregierung und der Bundestag Mitte April 2021, mittels der Anpassung des Infektionsschutzgesetzes (IfSG), eine „Corona-Notbremse“ zu implementieren. Diese Notbremse beinhaltet Maßnahmen wie Kontaktbeschränkungen für private Treffen drinnen und draußen, eingeschränkte Freizeit- und Sportmöglichkeiten, kein Präsenzunterricht bei einer Inzidenz über 165, sowie Regelungen zu Öffnungen von Geschäften, körpernahen Dienstleistungen, Kultureinrichtungen, Ausgangsbeschränkungen oder Homeoffice-Angeboten.¹¹ Zu finden sind die Instrumente zur Bekämpfung der Pandemie im neu verabschiedeten § 28b des Infektionsschutzgesetzes.¹²

Um die wirtschaftlichen Folgen der getroffenen Maßnahmen wirtschaftlich abfangen zu können, ist eine weitere Verschuldung notwendig. Problematisch wird dies in Hinsicht auf die Summe der Neuverschuldung sowie der Einhaltung der nationalen Schuldenbremse zur Begrenzung der Staatsverschuldung nach Art. 115 GG und den europäisch geltenden Vorgaben im Maastricht-Vertrag, welcher die jährliche Einhaltung des mittelfristigen Haushaltsziels sichern soll.

Die Vorgaben im Maastricht-Vertrag regeln u.a. den Finanzierungssaldo und das mittelfristige Haushaltsziel sowie die Schuldenstandsquote der EU-Mitglieder. Gemäß den Kriterien gilt eine Obergrenze von 60 Prozent des BIP für den Schuldenstand und 3 Prozent des BIP für das Haushaltsdefizit.¹³

Gemäß dem Art. 115 GG, welcher im Jahr 2009 als Folge der Weltwirtschaftskrise ins Grundgesetz aufgenommen wurde, dürfen „neue Schulden des Bundes ab 2016 höchstens 0,35% des Bruttoinlandsprodukts betragen.“¹⁴

11 Vgl. Bundesregierung (1) (2021).

12 Vgl. Bundesministerium der Justiz und Verbraucherschutz (2021); Vgl. § 28b IfSG.

13 Vgl. Bundesministerium für Finanzen (o.D.).

14 Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung (2011).

In der Abbildung 2 wird die Neuverschuldung durch Corona für das Jahr 2020 sowie eine Prognose für die Jahre 2021 und 2022 aufgezeigt. Im Jahr 2020 hat Deutschland insgesamt ca. 275 Milliarden Euro an neuen Schulden aufgenommen. Im Rahmen der Schuldenbremse wären von den 275 Milliarden Euro, lediglich 92 Milliarden zulässig gewesen. Für das Jahr 2021 geht der Bund mit einer weiteren Nettokreditaufnahme von ca. 240 Milliarden Euro aus, wovon 53 Milliarden innerhalb des Rahmens gelegen hätten. Auch im darauffolgenden Jahr 2022 wird damit gerechnet, dass die Schuldenbremse nicht eingehalten werden kann.¹⁵

Die Neuverschuldung durch Corona

Nettoneuverschuldung des deutschen Staates in Milliarden Euro

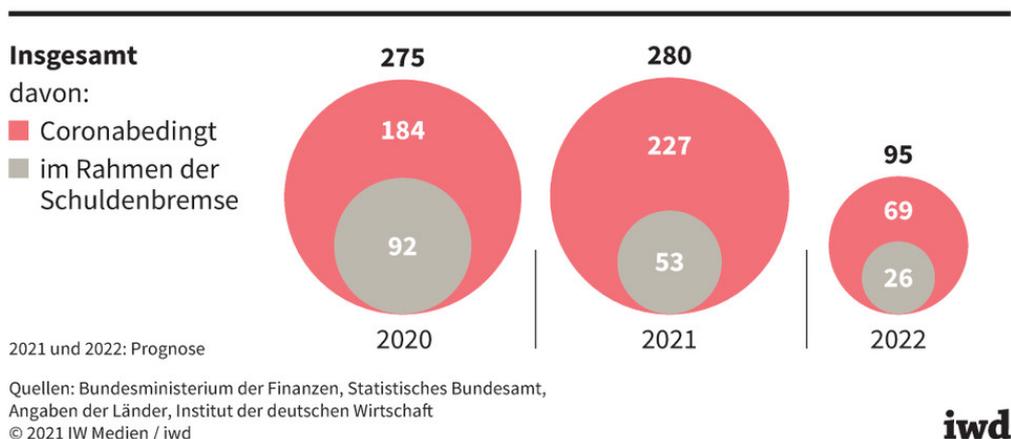


Abbildung 2: Neuverschuldung durch Corona¹⁶

Für die Jahre 2020 und 2021 ist die Schuldenbremse, nach Abstimmung im Bundestag, bereits ausgesetzt worden. Grund dafür sind die hohen notwendigen Ausgaben in Folge der Corona-Pandemie sowie die durch die Krise niedrigeren Einnahmen. Olaf Scholz, zum Zeitpunkt deutscher Finanzminister, signalisierte zudem, dass auch im Jahr 2022 die Schuldenbremse ausgesetzt werden soll.¹⁷

¹⁵ Vgl. Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft (2021).

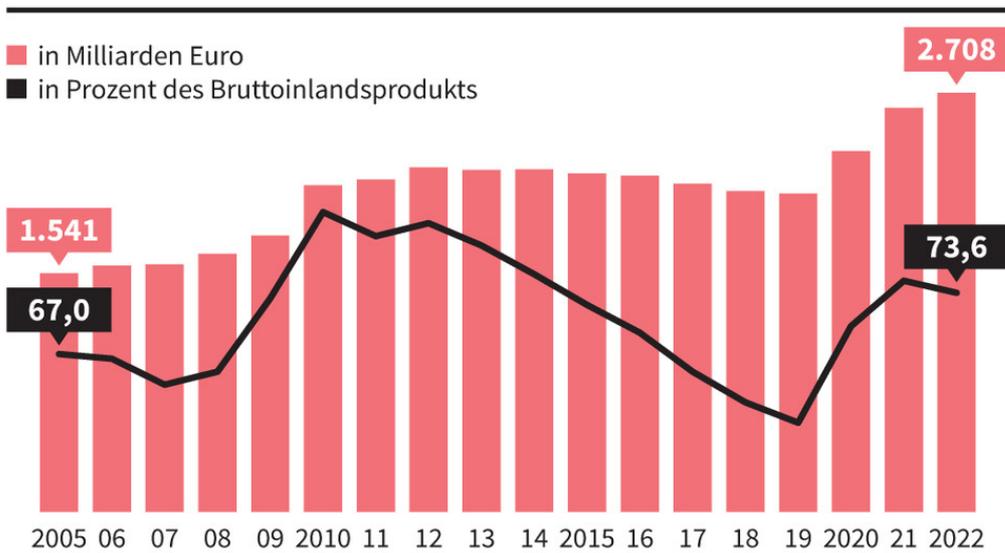
¹⁶ Ebenda.

¹⁷ Vgl. Reuters (2021).

Auch die Maastricht-Kriterien, die eine maximale Staatsschuldenquote von 60 Prozent zulässt, wurde im Jahr 2020 überschritten (siehe Abbildung 3). Laut Prognose wird auch im Jahr 2021 und 2022 die 60 Prozent Marke überschritten. Während die Quote im Jahr 2019 mit 59,6 Prozent noch unter der Vorgabe von 60 Prozent lag, soll diese im Jahr 2021 bis auf 74,9 Prozent ansteigen.¹⁸

Deutschlands Schulden: Trotz Corona relativ moderat

Schuldenstand von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungen



2021 und 2022: Prognose; Schuldenstand: nach Maastricht-Abgrenzung

Quellen: Deutsche Bundesbank, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2021 IW Medien / iwd

iwd

Abbildung 3: Deutschlands Schulden: Trotz Corona relativ moderat¹⁹

¹⁸ Vgl. Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft (2021).

¹⁹ Ebenda.

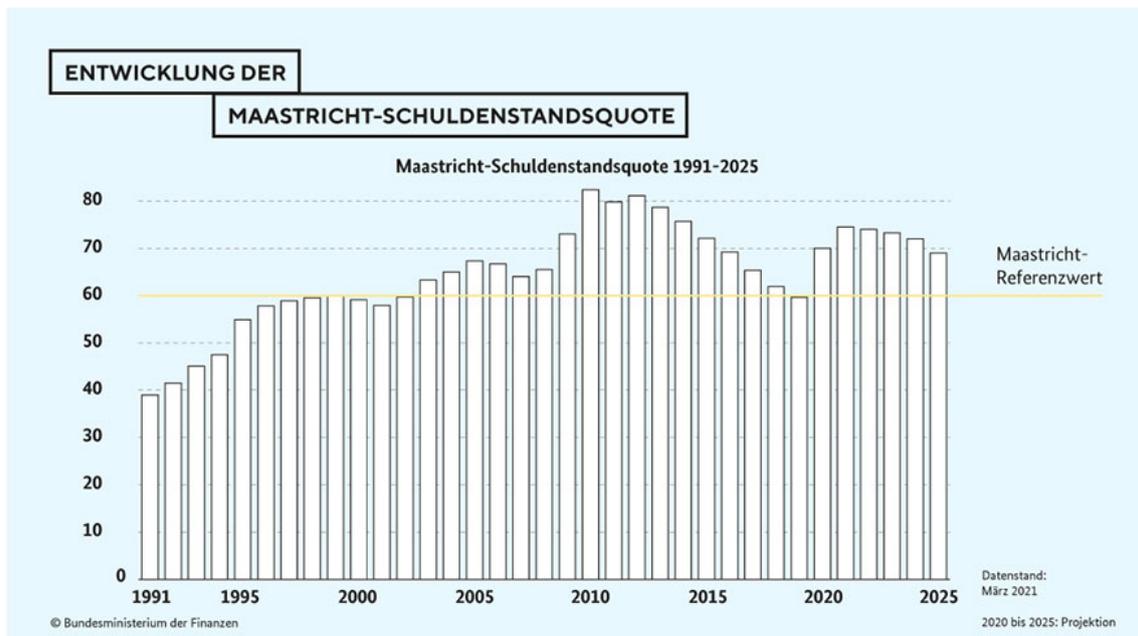


Abbildung 4: Entwicklung der Maastricht-Schuldenstandsquote²⁰

Gemäß dem Bundesministerium für Finanzen (BMF) wird auch in Zukunft der Maastricht-Referenzwert von einer Schuldenstandsquote von maximal 60 Prozent nicht eingehalten werden können. Bis Mindestens 2025 wird diese laut Prognose überschritten. Ab dem Jahr 2022 soll sie jedoch Schuldenquote jedoch langsam wieder sinken und im Jahr 2025 erstmals seit 2020 unter 70 Prozent liegen (siehe Abbildung 4).²¹

Die Überschreitung der Quote ist durch die Aussetzung der Maastricht-Regelungen durch die EU-Kommission und des Europäischen Rates möglich, da aufgrund der Krise ansonsten alle EU-Staaten gegen die Maastricht-Vorgaben verstoßen würden.²²

²⁰ Vgl. Bundesministerium für Finanzen (o.D.).

²¹ Ebenda.

²² Vgl. Kaiser (2021).

Die Abbildung 5 zeigt die strukturelle Neuverschuldung des Bundes hinsichtlich der Schuldenbremse gemäß Art. 115 GG auf. Von 2012 bis 2019 hat die Neuverschuldung durchweg nicht den maximalen Wert von 0,35 Prozent des jeweiligen erzielten BIPs erreicht. Die negativen Werte in der Grafik stellen sogar Überschüsse in der Zeitspanne dar. Im Jahr 2020 stieg die Neuverschuldung jedoch in Folge der Pandemie rapide an und erreicht damit seit 2010 einen Höchstwert von 1,54 Prozent des BIP. ²³

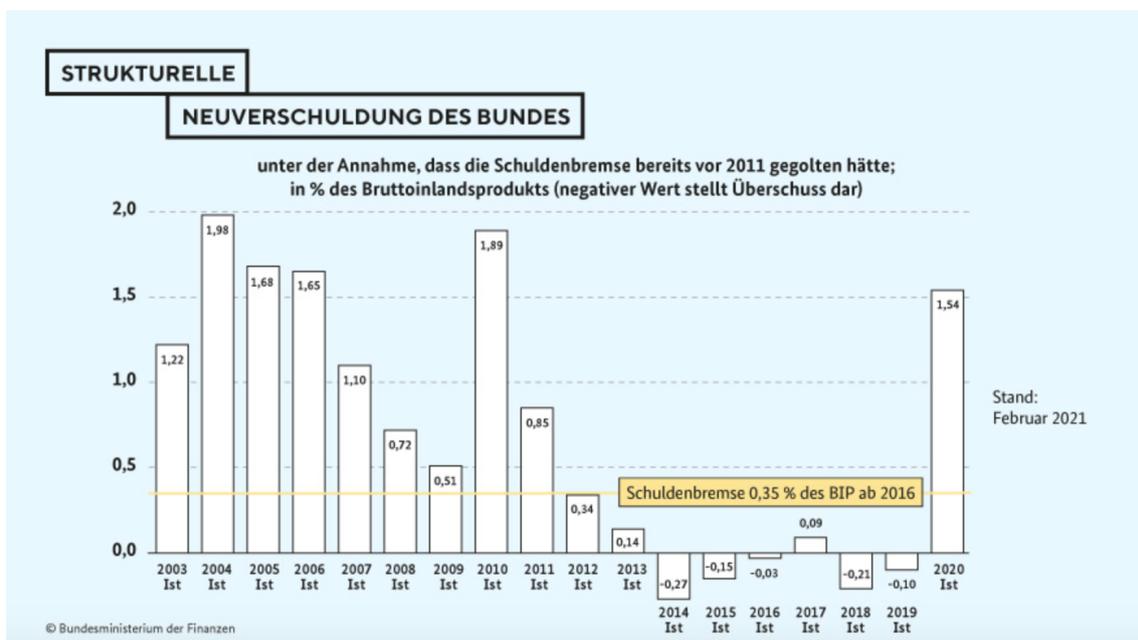


Abbildung 5: Strukturelle Neuverschuldung des Bundes²⁴

²³ Vgl. Bundesministerium für Finanzen (o.D.).

²⁴ Ebenda.



Im Mai 2021 beginnt das Impftempo anzusteigen. Durch die Aufhebung der Impfpriorisierung für den in der Kritik stehenden AstraZeneca-Impfstoff, können sich nun alle Bürger in ihrer Hauspraxis gegen das Corona-Virus impfen lassen.²⁵

Mittlerweile gibt es bis zu einer Million Impfungen täglich. Die Frankfurter Virologin und Direktorin des Instituts für Medizinische Virologie am Universitätsklinikum Frankfurt Sandra Ciesek sagt: „Ich bin optimistisch: Wenn wir es schaffen, weiter schnell und gezielt zu impfen und vielleicht in vier Wochen schon die Hälfte der Erwachsenen die erste Dosis bekommen haben, dass sich die Situation dann weiter entspannen wird.“²⁶

Ende Mai wurden insgesamt ca. 50 Millionen Impfungen verabreicht. Ungefähr 42,5% der Bevölkerung bekamen mindestens eine der zwei notwendigen Impfungen gegen COVID-19. 17,6% wurden bereits vollständig gegen COVID-19 geimpft. Zu dem Zeitpunkt wurden 1.978 Neuinfektionen und 36 neue Todesfälle innerhalb eines Tages übermittelt. Die Inzidenz der letzten 7 Tage lag deutschlandweit bei 35.²⁷



Nachdem nun die Hälfte der Bevölkerung mindestens einmal geimpft wurde, verständigen sich Bund und Länder darauf, ab Anfang Juni 2021 die Impfpriorisierung komplett aufzuheben. Von nun an „steht die Corona-Impfung

²⁵ Vgl. Tagesschau (2021) (3).

²⁶ Vgl. ZDF (2021) (1).

²⁷ Vgl. RKI (2021) (3).

jedem, der dies möchte, offen - in Arztpraxen, bei Betriebsärztinnen und -ärzten sowie in Impfzentren.“²⁸ Damit möchte man die „Dynamik des Impfgeschehens“ halten, so Gesundheitsminister Jens Spahn.²⁹

Mitte Juni 2021 hat sich die Infektionslage deutlich entspannt. Zum 19. Juni 2021 wurden 842 neue Infektionen und 16 neue Todesfälle innerhalb eines Tages übermittelt. Die Inzidenz der letzten 7 Tage liegt deutschlandweit bei 9 Fällen pro 100.000 Einwohnern.³⁰

Die Anzahl der COVID-19 Patienten in intensivmedizinischer Behandlung fällt Mitte Juni erstmals seit Monaten unter 1.000 (siehe Abbildung 6). Der Höchstwert an COVID-19 Patienten in intensivmedizinischer Behandlung wurde Anfang Januar 2021 mit 5.762 erreicht.³¹

Trendreihen der Intensivregister-Daten

(graue Balken symbolisieren von links nach rechts:

Datenbankumzug, i. Verordnung, Verordnungs-Update, Abfrage-Update)

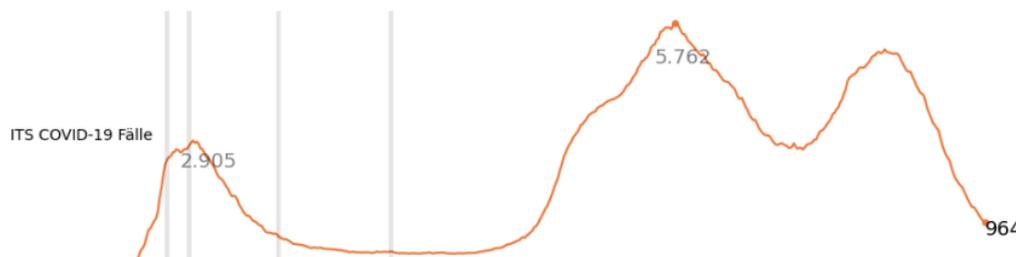


Abbildung 6: Trendreihen der Intensivregister-Daten – Belegte Betten durch COVID-19 Patienten in intensivmedizinischer Behandlung³²

²⁸ Vgl. Bundesregierung (2021) (2).

²⁹ Ebenda.

³⁰ Vgl. RKI (2021) (4).

³¹ Vgl. DIVI (2021).

³² Ebenda.

Im Juni hat zudem der Bundesrechnungshof (BRH) dem Haushaltsausschuss des Bundestags den Bericht über die Corona-Ausgaben der Bundesregierung vorgelegt. Der BRH kommt im Bericht zur Schlussfolgerung, dass „verschiedene Maßnahmen des Bundes zur Bewältigung der Corona-Pandemie unwirtschaftlich waren.“³³ Im Zentrum der Kritik steht dabei vor allem das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) um Gesundheitsminister Jens Spahn.

Um vor allem vulnerable Personengruppen zu schützen, beschloss das BMG möglichen Risikopatienten eine geeignete Schutzmaske zu Verfügung zu stellen. Bis Anfang April 2021 hat der Bund über das Bundesamt für Soziale Sicherung (BAS) insgesamt ca. 2,1 Mrd. Euro für die Bereitstellung von Masken ausgegeben. Als Distributionskanal wählte das BMG Apotheken, aus denen die gefährdeten Personen sich Masken zum Schutz kostenfrei abholen konnten. Alternative Ausgabemethoden der Masken wurden vom BMG nicht geprüft.³⁴

Das Bundesministerium für Gesundheit erstattete den Apotheken währenddessen 6 Euro pro Maske. Im Bericht an den Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages nach § 88 Absatz 2 BHO über die Prüfung ausgewählter coronabedingter Ausgabepositionen des Einzelplans und des Gesundheitsfonds äußert sich der Bundrechnungshof folgendermaßen dazu:

„Bis heute hat das BMG keine nachvollziehbare Begründung zur Festlegung der an die Apotheken gezahlten Erstattungsbeträge vorgelegt. Der Festlegung des Erstattungsbetrages auf 6 Euro pro Maske Ende November 2020 legte das BMG den mittels Preisanalyse von Anfang Oktober ermittelten Bruttobetrag von 5,11 Euro pro Maske zugrunde. Eine bei Festsetzung dieses Erstattungsbetrages aktuellere Preisanalyse des BMG von Ende November 2020 ergab indes, dass zu diesem Zeitpunkt im Großhandel – wo auch Apotheken die Masken beschaffen würden – Schutzmasken mit nachweislicher Zertifizierung zu einem durchschnittlichen Preis von 1,62 Euro erhältlich waren. Der Bundesrechnungshof ist deshalb der Auffassung, dass der

³³ Vgl. Bundesrechnungshof (2021).

³⁴ Vgl. Bundesrechnungshof (2021), S. 7.

Erstattungsbetrag von 6 Euro pro Maske zu einer deutlichen Überkompensation zu Gunsten der Apotheken führte.“³⁵

Weiterhin werden im Bericht die Zahlungen und Anreize zur Schaffung neuer Intensivbetten an die Krankenhäuser kritisiert. Für die Behandlung von Patienten haben gesetzliche Krankenkassen die Kliniken bereits im Jahr 2020 finanziell unterstützt. 1,3 Milliarden Euro bekamen Krankenhäuser im vergangenen Jahr mehr, obwohl die Betten weniger ausgelastet waren.³⁶

Laut dem RWI-Bericht „Analysen zum Leistungsgeschehen der Krankenhäuser und zur Ausgleichspauschale in der Corona-Krise“ sank die Bettenauslastung „insgesamt von 75,1% im Jahr 2019 um 7,8%-Punkte auf nur noch 67,3%“ im Jahr 2020.³⁷ Für Corona-Patienten wurden über das Jahr hinweg durchschnittlich „2% aller Betten und knapp 4% der Intensivbetten benötigt.“³⁸

Außerdem bekamen Krankenhäuser im Jahr 2020 Ausgleichszahlungen vom Bund in Höhe von 10,2 Milliarden Euro aus Steuermitteln für verschobene oder ausgesetzte Eingriffe. Laut dem Bunderechnungshof stellt dies „eine massive Überkompensation für Krankenhäuser im Jahr 2020 aus Steuermitteln dar.“³⁹

Zwar gab es Eingeständnisse des BMG, dass die Ausgaben hinsichtlich der Ausgleichszahlungen zu hoch gewesen sind, jedoch ist die Reaktion darauf ebenso kritisch zu beurteilen. Seit November 2020 erhalten die Kliniken Ausgleichszahlungen ausschließlich, wenn die freien Intensivbetten in den jeweiligen Krankenhäusern weniger als 25 Prozent betragen. Der Bundesrechnungshof sieht hier „erhebliche Fehlanreize durch die Gestaltung der Voraussetzungen für die Ausgleichszahlungen“⁴⁰, da die Gefahr besteht, dass Krankenhäuser „die Zahl der freien Intensivbetten künstlich nach unten rechnen“⁴¹ um die Ausgleichszahlungen zu erhalten. Auch das Robert-Koch-

35 Vgl. Bundesrechnungshof (2021), S. 7.

36 Vgl. Grill (2021).

37 Vgl. RWI (2021), S. 4.

38 Ebenda.

39 Vgl. Bundesrechnungshof (2021), S. 32.

40 Vgl. Bundesrechnungshof (2021), S. 35.

41 Vgl. Grill (2021).

Institut äußerte die "Vermutung, dass Krankenhäuser zum Teil weniger intensivmedizinische Behandlungsplätze meldeten, als tatsächlich vorhanden waren."⁴²

Zudem wird im Bericht Kritik an der Finanzierung von Intensivbetten in Krankenhäusern geübt. Zwischen März und September 2020 subventionierte das BMG jedes neu errichtete Intensivbett mit 50.000 Euro. Insgesamt wurden in dem Zeitraum ca. 700 Millionen Euro von Krankenhäusern dafür beansprucht. Das bedeutet es müssten ca. 14.000 neue Intensivbetten vorzufinden sein. Laut dem Bundesrechnungshof sei „ein solcher Kapazitätswachstum aus den vorliegenden Statistiken und Datensammlungen indes nicht abzulesen. Dies gilt auch für die im DIVI-Intensivregister abrufbaren Zahlen.“⁴³



Zum 15. Juli 2021 wurden 1.642 Neuinfektionen und 32 neue Todesfälle von den Gesundheitsämtern an das RKI übermittelt. Deutschlandweit liegt die Inzidenz der letzten 7 Tage bei 8,0 Fällen pro 100.000 Einwohnern. Die Zahl der COVID-19-Patienten in intensivmedizinischer Behandlung beträgt zu dem Zeitpunkt 396. Mitte Juli 2021 sind insgesamt 84.203.433 Impfungen verabreicht worden. 59,2% der Bevölkerung bekamen mindestens eine Impfung und 44,6% wurden bereits vollständig gegen COVID-19 geimpft.⁴⁴

42 Vgl. Grill (2021).

43 Vgl. Bundesgerichtshof (2021), S. 40.

44 Vgl. RKI (2021) (4).

Seit dem Wegfall der Impfpriorisierung und Impfstart in den Hausarztpraxen ist die Impfquote in Deutschland stark angestiegen. Im Juli flacht die Impfkurve jedoch allmählich ab (siehe Abbildung 7).⁴⁵

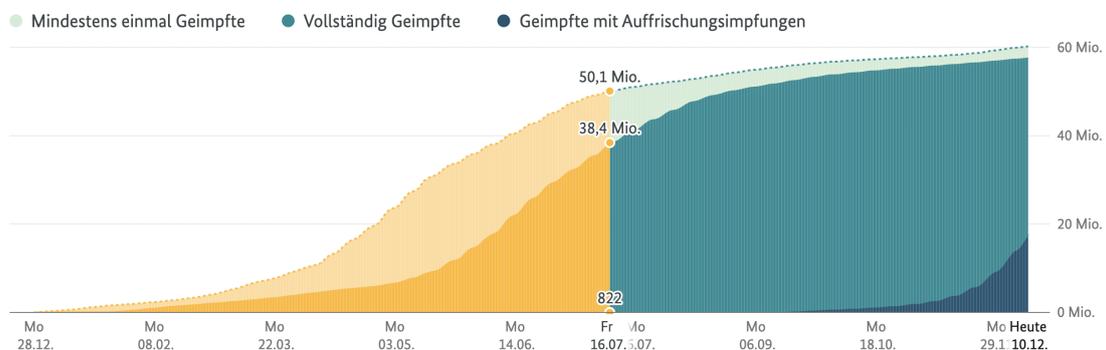


Abbildung 7: Impf-Fortschritt seit dem 28.12.2020⁴⁶

Aus diesem Grund werden Stimmen lauter, die für eine allgemeine Impfpflicht werben. Der Kanzleramtsminister Helge Braun von der CDU hat bereits eventuelle Einschränkungen im Herbst für ungeimpfte Personen angekündigt. Die zu dem Zeitpunkt amtierende Bundesjustizministerin Christine Lambrecht von der SPD widerspricht Braun jedoch: „Es wird keine allgemeine Impfpflicht geben, sondern wir müssen dafür werben, dass ich mich mit dieser Impfung selbst und vor allen Dingen auch andere schütze“.⁴⁷

Auch eine Impfpflicht für bestimmte Berufsgruppen ist für Lambrecht kein Thema. Sie ist der Meinung, dass regelmäßige verpflichtende Tests von ungeimpftem Personal, welche Kontakt mit gefährdeten Personen haben, die Alternative zur Impfung sei. Eine allgemeine Impfpflicht ist laut der Bundesjustizministerin auch rechtlich kaum möglich: „Das hat zum einen was damit zu tun, dass diese Impfung auch noch nicht so lange auf dem Markt ist, und ich halte es auch nicht für geboten“, so Lambrecht.⁴⁸

⁴⁵ Vgl. Impfdashboard (2021).

⁴⁶ Ebenda.

⁴⁷ Vgl. Deutschlandfunk (2021).

⁴⁸ Ebenda.

Zudem spricht sich Kanzlerin Angela Merkel entschieden gegen eine Impfpflicht aus. "Wir wollen keine Impfpflicht, sondern wir werben für das Impfen", so Merkel. Sie glaube nicht, „dass man durch Veränderung dessen, was wir gesagt haben, also keine Impfpflicht jetzt, Vertrauen gewinnen würde".⁴⁹

Der Bundesvorsitzende der FDP, Christian Lindner, hält sogar jegliche Einschränkung ungeimpfter Menschen für falsch. "Geimpfte, Genesene und negativ Getestete – von denen geht keine besondere Gefahr aus", sagte Lindner.⁵⁰ Mit Ausnahme des Tragens einer Maske im öffentlichen Personennahverkehr seien keine Freiheitseingriffe mehr gerechtfertigt. Lindner mahnte in Richtung CDU und Grüne: "Diese Grundrechte stehen nicht in der Verfügungsgewalt des Kanzleramts und auch nicht des Grünen Ministerpräsidenten Kretschmann."⁵¹ Der baden-württembergische Ministerpräsident Winfried Kretschmann hatte sich ebenfalls für eine Impfpflicht ausgesprochen.⁵²



Am 10. August haben Bund und Länder sich darauf geeinigt, dass Corona-Schnelltests ab dem 11. Oktober 2021 nicht mehr kostenfrei durchgeführt werden sollen. Ausgenommen von dem Beschluss sind Schwangere, Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren sowie Personen, die nicht geimpft werden können. Als Begründung nennt der Bund und die Länder die Tatsache, dass jedem Bürger ein Impfangebot gemacht werden kann.⁵³

Auch diese Maßnahme wird kritisch betrachtet. FDP-Fraktionsvize Stephan Thomae ist der Meinung, dass die kostenlosen Tests eine sinnvolle und angebrachte Investition sind, da Genesene und Geimpfte zwar größtenteils von

49 Vgl. ZDF (2021) (2).

50 Vgl. MDR (2021).

51 Ebenda.

52 Vgl. MDR (2021).

53 Vgl. Tagesschau (2021) (4).

einem schweren Krankheitsverlauf geschützt sind, jedoch nach wissenschaftlichen Erkenntnissen das Virus auch weitergeben können.⁵⁴

Ziel dieser Maßnahme ist es den Druck auf Personen zu erhöhen, die bisher das Impfangebot nicht in Anspruch genommen haben. Mit Einführung der sogenannten „3-G“ Regel soll Personen, die weder geimpft noch genesen sind der Zutritt zu Krankenhäusern, Pflegeheimen, Veranstaltungen, Gottesdiensten, Fitnessstudios, Hotels sowie zur Innengastronomie und körpernahen Dienstleistungen nur bei Vorlage eines negativen Corona-Tests gewährt werden.⁵⁵



Abbildung 8: Neuinfektionen pro 100.000 EW in 7 Tagen⁵⁶

Gegen Ende August 2021 berichtet das RKI in ihrer täglichen Corona-Einschätzung, dass die vierte Welle der Corona-Pandemie begonnen hat. Vor

54 Vgl. Tagesschau (2021) (4).

55 Ebenda.

56 Vgl. Berliner Morgenpost (2021).

alle jüngere Altersgruppen sind von den Infektionen betroffen und sorgt nun dafür, dass die allgemeinen Infektionszahlen schnell ansteigen können.⁵⁷

In der Abbildung 8 sind die Neuinfektionen pro 100.000 Einwohnern in 7 Tagen bzw. die Inzidenzen ersichtlich. Im Zeitraum vom 31. Juli 2021 bis zum 30. August 2021 ist die deutschlandweite Inzidenz von 17 auf 76 gestiegen. Das entspricht einem Zuwachs von 349 Prozent.⁵⁸

57 Vgl. RND (1) (2021).

58 Vgl. Berliner Morgenpost (2021).



Die Unsicherheit vor der vierten Welle

Im September 2021 beschließt die Bundesregierung die Sonderregeln für Kurzarbeit bis zum Jahresende zu verlängern. Damit ein Betrieb Kurzarbeit anmelden kann, müssen lediglich zehn Prozent der Mitarbeiter vom Arbeitsausfall betroffen sein. Dabei erhalten Beschäftigte, welche von Kurzarbeit betroffen sind, mindestens 60 Prozent des Nettolohns. Sofern Mitarbeiter mindestens ein Kind haben, bekommen diese 67 Prozent. Das Kurzarbeitergeld steigt stetig mit der Bezugsdauer mit einem Maximalanteil von 87 Prozent mit Kind.⁵⁹

Der Arbeitsmarkt habe sich etwas erholt und die Zahl der Beschäftigten in Kurzarbeit sei laut dem Bundesarbeitsminister Hubertus Heil "deutlich gesunken".⁶⁰ Dennoch möchte man mit dieser Maßnahme, vor allem angesichts des bevorstehenden Herbstes, Arbeitsplätze sichern und Planungssicherheit für Betriebe schaffen.⁶¹

Diverse Ökonomen und u.a. der Maschinenbauverband VDMA kritisieren die Verlängerung der Sonderregel zur Kurzarbeit, da dadurch der „Krisenmodus unnötig“ verlängert werde. Die Kurzarbeit nehme bereits stark ab und die Nachfrage nach Arbeitskräften steigt wieder an. Der Arbeitsmarkt entwickle sich positiv, weshalb die Entscheidung des Arbeitsministeriums überflüssig sei.⁶²

59 Vgl. MDR (2021) (2).

60 Ebenda.

61 Vgl. MDR (2021) (2).

62 Ebenda.

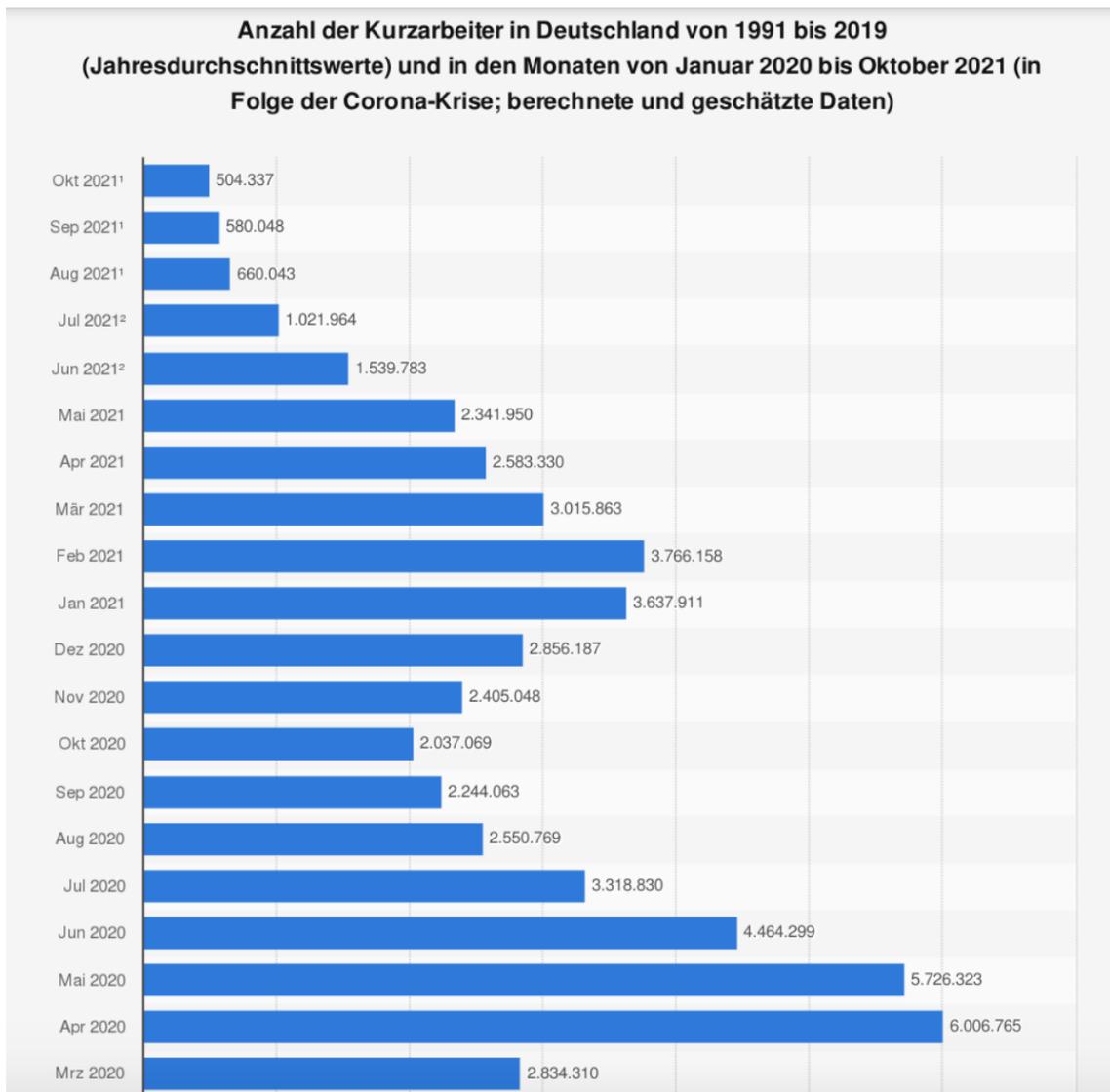


Abbildung 9: Anzahl der Kurzarbeiter in Deutschland von März 2020 bis Oktober 2021⁶³

In der Abbildung 9 sind die Hochphasen der Beanspruchung von Kurzarbeitergeld ersichtlich. Der Höhepunkt wurde im April 2020 mit ca. 6 Millionen Kurzarbeitern erreicht. Die Zahl sank jedoch in den Folgemonaten kontinuierlich bis Oktober 2020. Ab November 2020 stieg sie hingegen wieder bis Februar 2021 an. Im Februar 2021 befanden sich ca. 3,7 Millionen Beschäftigte in Kurzarbeit. Seitdem geht die Nachfrage nach Kurzarbeit wieder stark zurück und erreicht im Oktober 2021 seinen Tiefstwert in der Pandemie von ca. 500.000 Kurzarbeitern.⁶⁴

⁶³ Vgl. Statista (2021) (1).

⁶⁴ Ebenda.



Bundesgesundheitsminister Jens Spahn erklärte im Oktober 2021, dass er die im März 2020 ausgerufene „epidemische Lage von nationaler Tragweite“ auslaufen lassen möchte. Die Ausnahmesituation hat dem Bund und den Ländern bestimmte Befugnisse und Entscheidungsmachten während der Pandemie eingeräumt. Maßnahmen wie beispielsweise Ausgangsbeschränkungen konnten mit der „epidemischen Lage von nationaler Tragweite“ als Rechtsgrundlage durchgesetzt werden.⁶⁵

Sowohl Jens Spahn als auch Mitglieder der neuen Bundesregierung aus der SPD, FDP und den Grünen möchten die Entscheidung über Maßnahmen in die Hände der jeweiligen Landesparlamente übergeben. Der § 28a Abs. 1 IfSG dient dabei nach dem Auslaufen der epidemischen Lage nicht mehr als Rechtsgrundlage. Daher möchte man bis zum März 2022 eine alternative Rechtsgrundlage für die Länder schaffen, welche weniger eingriffsintensive Maßnahmen ermöglichen sollen. Dazu gehören Maskenpflicht, Zugangsregeln nur für Geimpfte, Genesene und Getestete, Hygienekonzepte, Abstandsgebote, Kontaktdaten-Erfassung und Auflagen für den Betrieb von Gemeinschaftseinrichtungen (z. B. Schulen), Hochschulen oder ähnlichen Einrichtungen.⁶⁶

⁶⁵ Vgl. DAZ (2021).

⁶⁶ Ebenda.



Im November 2021 wird die vierte Corona-Welle immer stärker. Jens Spahn erklärt, dass die vierte Welle das Land momentan "mit voller Wucht" treffe und „die Pandemie alles andere als vorbei“ sei.⁶⁷ Die Sieben-Tage-Inzidenz liegt Anfang des Monats bei 146,6 und teilweise gäbe es an einigen Tagen wieder mehr als 100 Corona-Tote. Laut dem Gesundheitsminister "erleben wir gerade vor allem eine Pandemie der Ungeimpften - und die ist massiv".⁶⁸

Folgend setzt sich das Konzept der „2-G“-Regelung durch. Diese schließt nun ungeimpfte Personen gänzlich von Freizeiteinrichtungen oder Gastronomie aus. Ein negativer Corona Schnelltest von nicht geimpften Menschen wird nicht mehr akzeptiert. Personen die geimpft oder genesen sind, sind jedoch keinerlei Einschränkungen im Alltag ausgesetzt. Zudem sind Kontaktbeschränkungen für ungeimpfte und eine flächendeckende 3-G-Regelung am Arbeitsplatz in Diskussion.⁶⁹

Ende des Monats befinden sich 4.599 COVID-19-Fälle in intensivmedizinischer Behandlung. Die sieben-Tage-Inzidenz liegt bei 452,2 Fällen pro 100.000 Einwohnern. 68,5 Prozent der Bevölkerung sind vollständig gegen COVID-19 geimpft.⁷⁰

67 Vgl. Süddeutsche Zeitung (2021).

68 Ebenda.

69 Vgl. Süddeutsche Zeitung (2021).

70 Vgl. RKI (2021) (5).

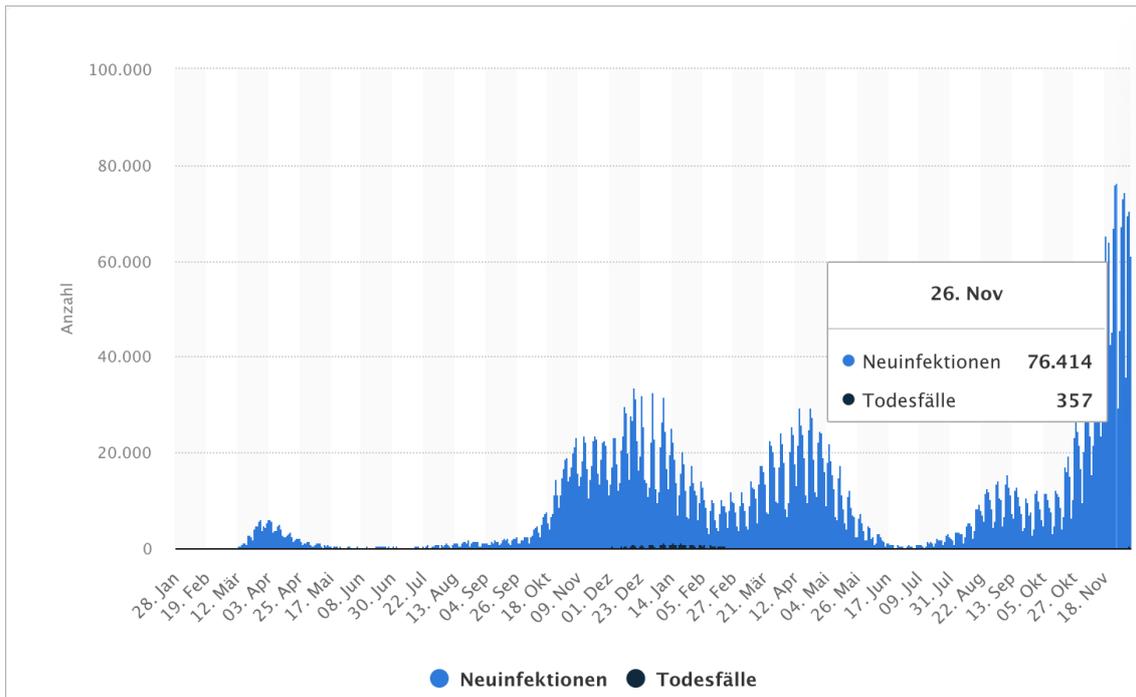


Abbildung 10: Täglich gemeldete Neuinfektionen und Todesfälle mit dem Coronavirus (COVID-19) in Deutschland seit Januar 2020⁷¹

Die Neuinfektionen im November sind stark gestiegen. Am 26. November 2021 wurden mit ca. 76.000 Neuinfektion ein neuer Rekordwert erfasst (siehe Abbildung 10). Die Fallzahlen der vierten Welle übertreffen alle vorherigen Wellen deutlich.⁷²

71 Vgl. Statista (2021) (2)

72 Vgl. ebenda



Zum 6. Dezember 2021 haben sich die SPD, FDP und Grüne auf eine gemeinsame Koalition und folgend auf eine neue Bundesregierung geeinigt. Angeführt wird das Kabinett vom ehemaligen Finanzminister und neuen Bundeskanzler Olaf Scholz von der SPD. Neuer Finanzminister ist Christian Lindner von der FDP. Das in der Pandemie sehr wichtige Amt des Gesundheitsministers übernimmt Karl Lauterbach von der SPD.⁷³

In einer Bundestagsabstimmung am 10. Dezember 2021 wurden Änderungen des Infektionsschutzgesetzes zugestimmt, welche u.a. eine Impfpflicht für das Personal von Krankenhäusern und Altenheimen vorschreibt. Zudem wurde mit der Änderung des IfSG eine Rechtsgrundlage für Länder geschaffen, die Schließungen von Clubs, Diskotheken oder auch von Restaurants ermöglicht.⁷⁴

Die Wirtschaft hat sich währenddessen etwas schlechter entwickelt als ursprünglich angenommen. Im Jahreswirtschaftsbericht 2021 vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie wurde mit einem Anstieg des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 3,0 Prozent gerechnet.⁷⁵

Laut des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) muss das Wachstum des BIPs für das Jahr 2021 auf ca. 2,1 Prozent korrigiert werden (siehe Abbildung 11). Grund dafür sind vor allem Lieferengpässe und Materialknappheit, welche die deutsche Industrie belasten. Zwar steigt die Nachfrage aus In- und Ausland stetig, jedoch gestalten sich Exporte aufgrund der erschwerten Produktion schwierig. Zudem ist der private Konsum in Deutschland wegen der Krise noch immer verhalten.⁷⁶

73 Vgl. Zeit (2021).

74 Vgl. Frankfurter Allgemeine (2021).

75 Vgl. BMWi (2021).

76 Vgl. DIW (2021).

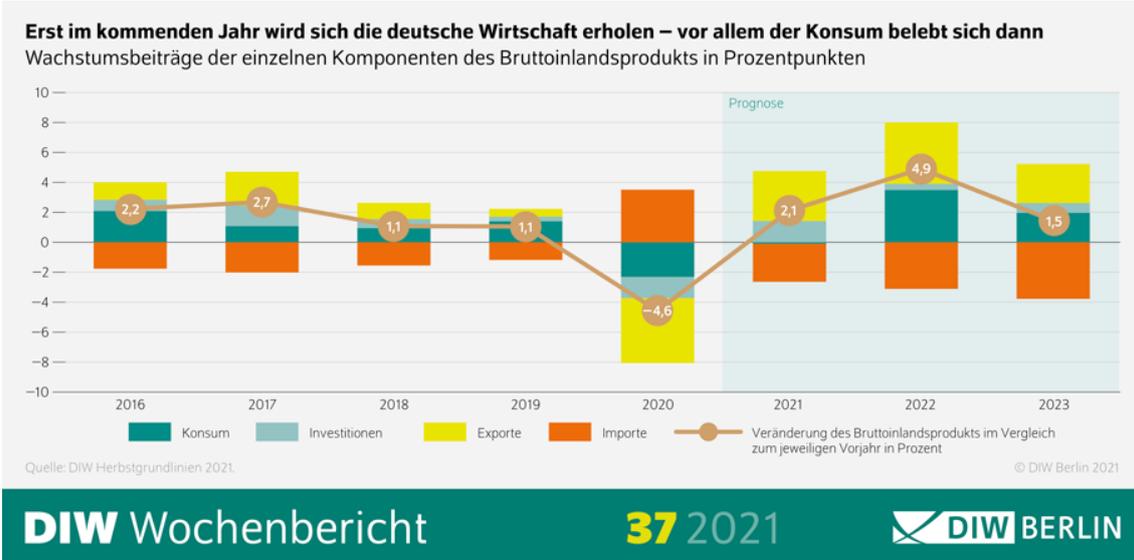


Abbildung 11: Veränderung des Bruttoinlandsprodukts im Vergleich zum jeweiligen Vorjahr in Prozent⁷⁷

Der große wirtschaftliche Aufschwung für das deutsche BIP soll erst im folgenden Jahr 2022 eintreten. Hier prognostiziert das DIW ein Wachstum von 4,9 Prozent. Vor allem der Konsum und die Exporte sollen dabei deutlich steigen.⁷⁸

Die Arbeits- und Erwerbslosenquote stagniert im Jahr 2021 wie bereits im Jahreswirtschaftsbericht prognostiziert wurde. Die Quoten sanken jeweils minimal um 0,1 Prozent. Die Erwerbslosenquote von 3,8 Prozent und die Arbeitslosenquote von 5,9 auf 5,8 Prozent (siehe Abbildung 12).⁷⁹

⁷⁷ Vgl. DIW (2021).

⁷⁸ Ebenda.

⁷⁹ Vgl. DIW (2021).

Tabelle 2

Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in Deutschland

	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Reales Bruttoinlandsprodukt ¹ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent)	1,1	1,1	-4,6	2,1	4,9	1,5
Erwerbstätige im Inland (1000 Personen)	44 858	45 268	44 898	44 885	45 228	45 517
Erwerbslose, ILO	1 468	1 373	1 664	1 581	1 486	1 374
Arbeitslose, BA	2 340	2 267	2 695	2 649	2 490	2 320
Erwerbslosenquote, ILO ²	3,4	3,2	3,8	3,7	3,4	3,2
Arbeitslosenquote, BA ²	5,2	5,0	5,9	5,8	5,4	5,0
Verbraucherpreise ³	1,8	1,4	0,5	3,0	2,0	1,7
Lohnstückkosten ⁴	3,0	3,1	3,4	0,9	0,3	2,7
Finanzierungssaldo des Staates ⁵						
in Milliarden Euro	64,4	51,1	-145,2	-161,4	-77,5	-42,6
in Prozent des BIP	1,9	1,5	-4,3	-4,6	-2,1	-1,1
Leistungsbilanzsaldo in Prozent des BIP	7,8	7,4	6,9	6,8	7,3	6,0

1 In Preisen des Vorjahres.

2 Bezogen auf die inländischen Erwerbspersonen insgesamt (ILO) bzw. zivilen Erwerbspersonen (BA).

3 Verbraucherpreisindex.

4 Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in Preisen des Vorjahres je Erwerbstätigenstunde.

5 In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG).

Quellen: Angaben nationaler und internationaler Institutionen; DIW Herbstgrundlinien 2021. Prognose ab 2021.

© DIW Berlin 2021

Abbildung 12: Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in Deutschland⁸⁰

Das gesamtstaatliche Finanzierungsdefizit soll sich im Jahr 2021 auf ca. 160 Milliarden Euro belaufen. Das DWI rechnet auch für die kommenden Jahre 2022 und 2023 mit Defiziten in Höhe von 78 beziehungsweise 43 Milliarden Euro. Die Schuldenquote dürfte dadurch nicht vor 2024 unter 70 Prozent fallen, weshalb die Schuldenbremse auch im Jahr 2023 kaum wieder einzuhalten sein wird.⁸¹

Der Präsident des DIW Berlin Marcel Fratzscher äußert sich folgendermaßen zur Situation: „Die Wirtschaftspolitik in Deutschland steht an einem entscheidenden Wendepunkt. Deutschland benötigt in den kommenden Jahren massive öffentliche und private Zukunftsinvestitionen, damit die Ziele beim Klimaschutz, bei der digitalen Transformation und der Wettbewerbsfähigkeit erreicht werden können. Die neue Bundesregierung wird auch 2023 die Schuldenbremse nicht einhalten können. Sie muss glaubwürdig Farbe bekennen, ob sie Zukunftsinvestitionen oder kurzfristige Steuersenkungen und Schuldenabbau als oberste Priorität setzen will.“⁸²

⁸⁰ Vgl. DIW (2021).

⁸¹ Ebenda.

⁸² Vgl. DIW (2021).

Literaturverzeichnis

Aertzeblatt (2021): Auch Geimpfte können SARS-CoV-2 im Haushalt weitergeben; <https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/128597/Auch-Geimpfte-koennen-SARS-CoV-2-im-Haushalt-weitergeben>, aufgerufen am 12.12.2021

Bayerischer Rundfunk (2021) (1): Spahn: Astrazeneca soll schnell verimpft werden; <https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/spahn-impfkampagne-wird-deutlich-an-fahrt-aufnehmen,STJvmju>, aufgerufen am 16.11.2021

Berliner Morgenpost (2021): Corona-Zahlen: Wie heftig ist die vierte Welle im Zeitvergleich?; <https://interaktiv.morgenpost.de/corona-vierte-welle-deutschland-zeitvergleich/>, aufgerufen am 07.12.2021

BMWi (2021): Jahreswirtschaftsbericht 2021 Corona-Krise überwinden, wirtschaftliche Erholung unterstützen, Strukturen stärken Einleitung, <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Wirtschaft/jahreswirtschaftsbericht-2021.html>, aufgerufen am 11.12.2021

Bundesministerium der Justiz und Verbraucherschutz (2021): Gesetz zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten beim Menschen (Infektionsschutzgesetz - IfSG) § 28b Bundesweit einheitliche Schutzmaßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung der Coronavirus-Krankheit-2019 (COVID-19), Verordnungsermächtigung; https://www.gesetze-im-internet.de/ifsg/_28b.html, aufgerufen am 17.11.2021

Bundesministerium für Finanzen (o.D.): Entwicklung der öffentlichen Finanzen; https://www.bundesfinanzministerium.de/Web/DE/Themen/Oeffentliche_Finanzen/Stabilitaetspolitik/Entwicklung_Oeffentliche_Finanzen/entwicklung_oeffentliche_finanzen.html, aufgerufen am 27.11.2021

Bundesregierung (2021) (1): Infektionsschutzgesetz - Das regelt die bundeseinheitliche Notbremse; <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/bundesweite-notbremse-1888982>, aufgerufen am 16.11.2021

Bundesregierung (2021) (2): Coronavirus-Impfverordnung - Impf-Priorisierung aufgehoben;
<https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/coronavirus/corona-impfung-priorisierung-entfaellt-1914756>, aufgerufen am 28.11.2021

Bundeszentrale für politische Bildung (2011): Schuldenbremse;
<https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/pocket-politik/145842/schuldenbremse>, aufgerufen am 27.11.2021

DAZ (Deutsche Apotheker Zeitung) (2021): Das Ende der „epidemischen Lage von nationaler Tragweite“ ist in Sicht; <https://www.deutsche-apotheker-zeitung.de/news/artikel/2021/10/27/das-ende-der-epidemischen-lage-von-nationaler-tragweite-ist-in-sicht>, aufgerufen am 10.12.2021

Destatis (2021): Verbraucherpreisindex;
https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Preise/Verbraucherpreisindex/_inhalt.html, aufgerufen am 12.12.2021

Deutschlandfunk (2021): Bundesjustizministerin Christine Lambrecht (SPD) „Es wird keine allgemeine Impfpflicht geben“ - Christine Lambrecht im Gespräch mit Christoph Heinemann | 26.07.2021;
<https://www.deutschlandfunk.de/bundesjustizministerin-christine-lambrecht-spd-es-wird-100.html>, aufgerufen am 30.11.2021

DIVI (Deutsche Interdisziplinäre Vereinigung für Intensiv- und Notfallmedizin) (2021): Fallzahlen COVID-19 (Erwachsene + Kinder) - 19.06.2021;
<https://www.divi.de/divi-intensivregister-tagesreport-archiv/viewdocument/5772/divi-intensivregister-tagesreport-2021-06-19>, aufgerufen am 28.11.2021

DIW (2021): Deutsche Wirtschaft startet erst ab kommendem Jahr richtig; durch https://www.diw.de/de/diw_01.c.824920.de/deutsche_wirtschaft_startet_erst_ab_kommendem_jahr_richtig_durch.html, aufgerufen am 12.12.2021

Frankfurter Allgemeine (2021): Bundestag beschließt erste begrenzte Corona-Impfpflicht; <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/corona-impfpflicht-fuer-bestimmte-gruppen-beschlossen-17677217.html>, aufgerufen am 11.12.2021

Grill, M. (2021): Bundesrechnungshof - Kritik an Spahns Geldverschwendung; Beitrag in Tagesschau.de; <https://www.tagesschau.de/investigativ/ndr/bundesrechnungshof-corona-101.html>, aufgerufen am 29.11.2021

Bundesrechnungshof (2021): Bericht an den Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages nach § 88 Absatz 2 BHO über die Prüfung ausgewählter coronabedingter Ausgabepositionen des Einzelplans 15 und des Gesundheitsfonds (Abgabe von Schutzmasken an vulnerable Personengruppen, Ausgleichszahlungen an Krankenhäuser und Aufbau von Intensivbettenkapazitäten); <https://www.bundesrechnungshof.de/de/veroeffentlichungen/produkte/beratungsberichte/2021/massnahmen-des-bundes-zur-corona-bewaeltigung-im-gesundheitswesen> - pdf. Langfassung; Gz.: IX 1 – 2021 – 0572 Potsdam, den 9. Juni 2021, aufgerufen am 29.11.2021

Impfdashboard (2021): Wie ist der Fortschritt der COVID-19-Impfung? Aktueller Impfstatus; <https://impfdashboard.de/>, aufgerufen am 10.12.2021

Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft (2021): Corona-Verschuldung ist tragbar; <https://www.iwd.de/artikel/corona-verschuldung-ist-tragbar-506727/>, aufgerufen am 27.11.2021

Kaiser, T. (2021): Welt.de; Europas ewiger Schuldenpakt wankt; <https://www.welt.de/wirtschaft/article218338196/Das-Virus-erschuettert-die-Maastricht-Kriterien.html>, aufgerufen am 28.11.2021

MDR (2021) (1): Impf-Debatte - Bundesregierung schließt Impfpflicht aus - auch durch die Hintertür; <https://www.mdr.de/nachrichten/deutschland/politik/corona-impfpflicht-einschraenkungen-ungeimpfte-positionen-parteien-100.html>, aufgerufen am 02.12.2021

MDR (2021) (2): Regeln für Kurzarbeit bis Jahresende verlängert; <https://www.mdr.de/nachrichten/deutschland/politik/corona-regeln-kurzarbeit-verlaengert-100.html>, aufgerufen am 10.12.2021

nach § 88 Absatz 2 BHO über die Prüfung ausgewählter coronabedingter Ausgabepositionen des Einzelplans 15 und des Gesundheitsfonds (Abgabe von Schutzmasken an vulnerable Personengruppen, Ausgleichszahlungen an Krankenhäuser und Aufbau von Intensivbettenkapazitäten); <https://www.bundesrechnungshof.de/de/veroeffentlichungen/produkte/beratungsberichte/2021/massnahmen-des-bundes-zur-corona-bewaeltigung-im-gesundheitswesen> - pdf. Langfassung; Gz.: IX 1 – 2021 – 0572 Potsdam, den 9. Juni 2021, aufgerufen am 29.11.2021

Paul-Ehrlich-Institut (2021): Das Paul-Ehrlich-Institut informiert – Vorübergehende Aussetzung der Impfung mit dem COVID-19-Impfstoff AstraZeneca, <https://www.pei.de/DE/newsroom/hp-meldungen/2021/210315-voruebergende-aussetzung-impfung-covid-19-impfstoff-astra-zeneca.html>, aufgerufen am 14.11.2021

Reuters (2021): Scholz signalisiert Aussetzung der Schuldenbremse für 2022; <https://www.reuters.com/article/deutschland-haushalt-idDEKCN2AT2X4>, aufgerufen am 28.11.2021

RKI (2021) (1): Täglicher Lagebericht des RKI zur Coronavirus-Krankheit-2019 (COVID-19),

https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Situationsberichte/Maerz_2021/2021-03-03-de.pdf?__blob=publicationFile - 03.03.2021,
aufgerufen am 14.11.2021

RKI (2021) (2): Täglicher Lagebericht des RKI zur Coronavirus-Krankheit-2019 (COVID-19) - 31.03.2021,
https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Situationsberichte/Maerz_2021/2021-03-31-de.pdf?__blob=publicationFile, aufgerufen am
14.11.2021

RKI (2021) (3): Täglicher Lagebericht des RKI zur Coronavirus-Krankheit-2019 (COVID-19) 31.05.2021;
https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Situationsberichte/Mai_2021/2021-05-31-de.pdf?__blob=publicationFile, aufgerufen am
29.11.2021

RKI (2021) (4): Täglicher Lagebericht des RKI zur Coronavirus-Krankheit-2019 (COVID-19) - 20.06.2021;
https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Situationsberichte/Jun_2021/2021-06-20-de.pdf?__blob=publicationFile, aufgerufen am
29.11.2021

RKI (2021) (4): Täglicher Lagebericht des RKI zur Coronavirus-Krankheit-2019 (COVID-19) 15.07.2021;
https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Situationsberichte/Jul_2021/2021-07-15-de.pdf?__blob=publicationFile, aufgerufen am
30.11.2021

RKI (2021) (5): Täglicher Lagebericht des RKI zur Coronavirus-Krankheit-2019 (COVID-19) - 30.11.2021;
https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Situationsberichte/Nov_2021/2021-11-30-de.pdf?__blob=publicationFile, aufgerufen am
11.12.2021

RND (2021) (1): RKI: Vierte Corona-Welle hat begonnen; <https://www.rnd.de/gesundheit/rki-vierte-corona-welle-hat-begonnen-vor-allem-juengere-betroffen-4LQR2E4SM5ZTVBKZ5ASFDDH2WU.html>, aufgerufen am 07.12.2021

RND (2021) (2): Bund arbeitet an Impfpflicht-Abstimmung für Anfang 2022; <https://www.rnd.de/politik/allgemeine-corona-impfpflicht-bund-arbeitet-an-abstimmung-fuer-anfang-2022-H4DEZYZVJVKQI5GWYFHU4NSJVY.html>, aufgerufen am 12.12.2021

RWI (Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung) (2021): Analysen zum Leistungsgeschehen der Krankenhäuser und zur Ausgleichspauschale in der Corona-Krise - Ergebnisse für den Zeitraum Januar bis Dezember 2020, Im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit; https://www.rwi-essen.de/media/content/pages/publikationen/rwi-projektberichte/2021-04-30_analyse_leistungen_ausgleichszahlungen_2020.pdf, aufgerufen am 30.11.2021

Statista (2021) (1): Anzahl der Kurzarbeiter in Deutschland von 1991 bis 2019 (Jahresdurchschnittswerte) und in den Monaten von Januar 2020 bis Oktober 2021 (Veröffentlicht von J. Rudnicka); Erhebung durch Bundesagentur für Arbeit und ifo Institut in dem Monatsbericht zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland (https://statistik.arbeitsagentur.de/Statistikdaten/Detail/202111/arbeitsmarktberichte/monatsbericht-monatsbericht/monatsbericht-d-0-202111-pdf.pdf?__blob=publicationFile&v=1); <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/2603/umfrage/entwicklung-des-bestands-an-kurzarbeitern/>, aufgerufen am 10.12.2021

Statista (2021) (2): Täglich gemeldete Neuinfektionen und Todesfälle mit dem Coronavirus (COVID-19) in Deutschland seit Januar 2020 (Veröffentlichung durch Rainer Radtke); Erhebung durch Robert Koch-Institut;

<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1100739/umfrage/entwicklung-der-taeglichen-fallzahl-des-coronavirus-in-deutschland/>, aufgerufen am 11.12.2021

Süddeutsche Zeitung (2021): Die Wucht der vierten Welle;
<https://www.sueddeutsche.de/politik/corona-deutschland-vierte-welle-massnahmen-regeln-zahlen-1.5455758>, aufgerufen am 10.12.2021

Tagesschau (2021) (1): Das sind die neuen Corona-Beschlüsse,
<https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/corona-beschluesse-103.html>,
aufgerufen am 14.11.2021

Tagesschau (2021) (2): Merkel kippt Osterruhe "Einzig und allein mein Fehler",
<https://www.tagesschau.de/inland/corona-osterruhe-gekippt-101.html>,
aufgerufen am 15.11.2021

Tagesschau (2021) (3): AstraZeneca-Vakzin wird freigegeben;
<https://www.tagesschau.de/inland/astrazeneca-priorisierung-aufgehoben-101.html>, aufgerufen am 28.11.2021

Tagesschau (2021) (4): Beschluss von Bund und Ländern - Aus für kostenlose Corona-Tests ab 11. Oktober;
<https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/bund-laender-corona-123.html>,
aufgerufen am 02.12.2021

Tagesschau (2021) (5): Staatsverschuldung steigt auf Rekordniveau;
<https://www.tagesschau.de/wirtschaft/coronapandemie-schulden-101.html>,
aufgerufen am 12.12.2021

Univadis (2021): COVID-19: Impfpflicht wird in Deutschland überwiegend abgelehnt;
<https://www.univadis.de/viewarticle/covid-19-impfpflicht-wird-in-deutschland-uberwiegend-abgelehnt-747663>, aufgerufen am 12.12.2021

Welt (2021): Scholz, Söder und andere waren gegen eine Impfpflicht – und sind jetzt dafür; <https://www.welt.de/politik/deutschland/article235390212/Diese-Politiker-waren-gegen-eine-Impfpflicht-und-sind-jetzt-dafuer.html>, aufgerufen am 12.12.2021

ZDF (2021) (1): Schnelleres Impftempo - Virologin: "Wir sind auf dem richtigen Weg"; <https://www.zdf.de/nachrichten/panorama/corona-impfung-lockerungen-ciesek-100.html>, aufgerufen am 28.11.2021

ZDF (2021) (2): Corona-Lage und Impfkampagne - Merkel: "Es wird keine Impfpflicht geben"; <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/merkel-spahn-rki-100.html>, aufgerufen am 01.12.2021

Zeit (2021): Ampel-Koalition - Die neue Bundesregierung im Überblick; <https://www.zeit.de/news/2021-12/06/die-neue-bundesregierung-im-ueberblick>, aufgerufen am 11.12.2021